

Die „grüne“ FPÖ – Programm und Umsetzung

Vergessenes und Verschwiegenes, wiedererzählt von Dieter Grillmayer (Mai 2015)

Unlängst erntete ich ungläubiges Kopfschütteln mit der Bemerkung, die FPÖ sei die erste umweltbewusste Partei Österreichs gewesen und ihre wesentlichste Leistung auf diesem Gebiet bestehe darin, dass unser Land frei von Atomkraftwerken geblieben ist. Das hat mich zu den folgenden – auch persönlichen – Erinnerungen veranlasst.

1. Aus dem „Ischler Programm“ von 1968:

Dieses FPÖ-Parteiprogramm enthält folgenden Passus, was umso bemerkenswerter ist, als das „Ischler Programm“ nur zwei Seiten umfasst: *„Die Erhaltung des Waldes, die Reinheit des Wassers und der Luft sowie die Lärmbekämpfung sind Lebensfragen für alle kommenden Generationen.“* Das ist die erste Aussage zum Thema „Umwelt“ im Programm einer österr. Partei.

2. Die FPÖ als Anti-AKW-Partei:

2.1 Beim 13. FPÖ-Bundesparteitag 1976 in Villach wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: *„Der Bau von AKWs muss verhindert werden, bis bewiesen ist, dass derartige Anlagen für Mensch und Natur eindeutig unbedenklich sind.“*

2.2 Im Streit um Zwentendorf nahm die FPÖ als einzige Partei Österreichs klar gegen das AKW Stellung, bis hin zum Plakat *„Sackgasse Atomenergie“* vor der Volksabstimmung vom 5. November 1978. Die ÖVP, im Prinzip für Zwentendorf, begnügte sich mit Flüsterpropaganda des Inhalts, Bundeskanzler Bruno Kreisky müsse eine Niederlage bereitet werden. (Nicht zuletzt deshalb auch Kreiskys Ablehnung einer Koalition mit der ÖVP und seine Hinwendung zur FPÖ.)

2.3 Nach dem „Nein zu Zwentendorf“ bei der Volksabstimmung beschloss das Parlament, nur eine neuerliche Volksabstimmung könne daran etwas ändern und eine solche dürfe vom Parlament nur mit 2/3-Mehrheit angesetzt werden. In der rot-blauen Koalition (1983 – 1986) stand FPÖ-Obmann und Vizekanzler Dr. Steger daher schwer unter Druck. Die ÖVP signalisierte der SPÖ Zustimmung zur Volksabstimmung, die damals wahrscheinlich positiv ausgegangen wäre, wenn sie Steger feuere. Eine „Kurier“-Titelzeile lautete: *„VP-Chef Mock nennt den Preis für Zwentendorf: Steger soll abtreten!“* SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Sinowatz ließ sich aber nicht erpressen und erreichte daher bei seinem Antrag am 21. März 1985 nur eine 91 : 90-Mehrheit. Damit war das Thema vom Tisch und nach der Tschernobil-Katastrophe (April 1986) endgültig erledigt.

3. Die FPÖ und die Wasserkraft:

3.1 Für die FPÖ der 1970er- und 1980er-Jahre hatte die Wasserkraft klare Priorität und hier wieder vor allem Laufkraftwerke, Speicherkraftwerke nur soweit unbedingt notwendig. Folgen waren unter anderem ein Nein zum Speicher Molln, der die ganze Breitenau überflutet hätte, und zu den Speicherseen im Reichraminger Hintergebirge. Im Gegenzug wurde das Donaukraftwerk Hainburg wegen seines großen ökonomischen Nutzens bei vergleichsweise geringer Umweltbelastung von Anfang an befürwortet und bis zuletzt verteidigt.

3.2 Zur Verhinderung der Speicherseen im Reichraminger Hintergebirge: Mein in Garsten wohnhafter Kollege Prof. Mag. Herbert Heimel konnte mich für die Sache gewinnen und ich verschaffte ihm (und mir) einen Termin bei meinem damaligen Bundesbruder, dem Vizekanzler sowie Handels- und Energieminister Dr. Norbert Steger. Das Gespräch fand am 14. März 1984 um 14 Uhr im Handelsministerium am Wiener Stubenring statt. Wenig später zog Steger die von

seinem Vorgänger dem Projekt erteilte „Bescheinigung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und Befürwortung einer bevorzugten Realisierung“ zurück. Damit war das Projekt de facto „gestorben“.

Dazu findet sich ein Hinweis folgenden Inhalts über „Google“ unter „Kraftwerk Hintergebirge“ in einem Bericht von Herrn Helmut Daucher, dem Sprecher der Arge Hintergebirge der damaligen Kraftwerksgegner: *„Nachdem im Frühjahr 1984 die Unwirtschaftlichkeit des Projektes vom damaligen Handelsminister Dr. Norbert Steger bestätigt und die Erklärung zum bevorzugten Wasserbaugebiet zurückgezogen wurde, und Menschen aus allen Bevölkerungs- und Altersschichten, quer durch alle politischen Parteien, anfangen Widerstand zu leisten, mußten die bereits begonnenen Vorarbeiten wieder eingestellt werden.“*

3.3 In dem zu einer „Staatsaffäre“ hochgepu(t)schten Streit um Hainburg wurde Energieminister Steger von Bundeskanzler Sinowatz und dessen Ausrufung eines „Weihnachtsfriedens“ am 20. Dezember 1984 überrumpelt und ausgespielt. Wie wir heute wissen war damit nicht nur das Schicksal von Hainburg besiegelt, sondern wurde der Regierung Sinowatz/Steger auch ein beträchtlicher Image-Schaden zugefügt. Es stellt sich die Frage, ob mit dem Scheitern des Großprojekts Hainburg nicht der Schlusspunkt hinter jedwede durchdachte und koordinierte Energiepolitik gesetzt worden ist. Man vergleiche nur die Strom-Export-Import-Bilanz von 1984 mit der heutigen. Außerdem wird mit dem (nicht verhinderbaren) Import von Atomstrom der Grundsatz „Nein zu Kernkraftwerken“ klar unterlaufen.

4. Das Warscheneck-Projekt:

Seit einigen Jahren betreibt ÖSV-Präsident Schröcksnadel das Tourismusprojekt einer Verbindung der Schigebiete Hinterstoder/Hutterer Höss und Spital am Pyhrn/Wurzeralm. Nachdem eine oberirdische Überquerung des Warschenecks aus Naturschutzgründen abgelehnt worden ist, soll die Verbindung nun durch eine etliche Kilometer lange Stollenbahn von Vorderstoder zur Bergstation des Frauenkar-Liftes hergestellt werden. Abgesehen von ein paar Kommunalpolitikern und ein paar Tourismusbetrieben, denen ein großes Geschäft vorgegaukelt wird, stößt das Projekt in der Region auf Ablehnung.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit an den für Natur- und Landschaftsschutz zuständigen FPÖ-Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner gewandt und von seinem Büro die folgende Antwort bekommen:

„Landesrat Dr. Haimbuchner hat sich seit Anbeginn gegen eine Überquerung des Warschenecks ausgesprochen. Genauso wie viele andere hält er die Untertunnelung ebenso für eine „Schnaps-idee“. Derzeit gibt es jedoch noch kein eingereichtes Projekt. Natürlich müsste dieses geprüft werden. Ob es naturschutzrechtlich machbar wäre, kann derzeit nicht beantwortet werden, politisch halten wir es jedoch für unvernünftig. ... Abschließend sei festgehalten, dass Landesrat Dr. Haimbuchner eine Verbindung Vorderstoder – Wurzeralm unter dem oder über das Warscheneck politisch nicht unterstützen wird!“

Aktueller Hinweis (10.01.2018): Nicht zuletzt aufgrund der konsequenten Haltung von (inzwischen) LH-Stv. Dr. Haimbuchner ist das Projekt inzwischen „gestorben“, was sogar Präs. Schröcksnadel kürzlich eingestanden hat. Er will sich nun zusammen mit den betroffenen Gemeinden um eine Attraktivitäts-Steigerung der Region insbesondere in Hinsicht auf den Ganzjahres-Tourismus bemühen.